



Wahlprüfsteine des Landesverbandes Regionalbewegung NRW e.V. zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022

Antworten

**Landesverband
Regionalbewegung NRW e.V.**
www.nrw.regionalbewegung.de

Ansprechpartnerin:
Brigitte Hilcher
Zur Specke 4
34434 Borgentreich
Tel: 05643-948537
Fax: 05643-948801
hilcher@regionalbewegung.de

- I. Die Regionalbewegung NRW hat die bundesweit erste Regionalitätsstrategie veröffentlicht. Können Sie unsere darin formulierte Forderung nach einem „Landesprogramm Regionale Wertschöpfung“ im Sinne resilienter Regionen und zur Stärkung der Akteure regionaler Wirtschaftskreisläufe unterstützen?

Bündnis 90/Die Grünen:

Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, die ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden, hergestellt von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW: Das ist unser grüner Plan für die Landwirtschaft der Zukunft. Regionale Wertschöpfungsketten sind für uns Grüne aus ökologischer Perspektive immer schon der richtige Weg gewesen. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine haben uns einmal mehr gezeigt, dass es wichtig ist, regionale Strukturen zu stärken, um eine resiliente Lebensmittelversorgung zu gewährleisten. Dazu werden wir regionale, kurze Wertschöpfungsketten ausbilden, um Absatzperspektiven zu schaffen und regionale Strategiekonzepte für eine nachhaltige Landwirtschaft zu entwickeln.

FDP:

Immer mehr Menschen achten auf eine gesunde und umweltbewusste Ernährung. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen dafür, dass eine zuverlässige Versorgung mit regionalen und saisonalen Produkten sichergestellt ist. Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen die Möglichkeit haben, die Regionalität von Lebensmitteln entsprechend nachvollziehen zu können. Auch haben private Zertifizierungssysteme zum Teil bereits eine hohe Marktdurchdringung erreicht und sind von Verbraucherinnen und Verbrauchern anerkannte Kennzeichnungen. Aufgrund dieser Vielfalt und der verschiedenen Anforderungen an den Begriff Regionalität, ausgehend von Produkt und Verarbeitungsstufe, ergibt sich kein einfacher gesetzgeberischer Lösungsansatz. Die Glaubwürdigkeit entsprechender Kennzeichnungen steht und fällt in jedem Fall mit einer verlässlichen externen Kontrolle der zertifizierten Standards.

SPD:

Die SPD unterstützt Bestrebungen zur regionaleren Ausrichtung der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Dadurch wollen wir einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, Tierwohl fördern, aber vor allem landwirtschaftlichen Betrieben eine bessere Perspektive bieten. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken die wirtschaftliche Resilienz und die Ernährungssicherheit, wie der Krieg in der Ukraine derzeit verdeutlicht. Sie sind darüber hinaus der erste Schritt in Richtung nachhaltiger Kreislaufwirtschaft. Die

Landesgrenzen sind daher für uns nicht der maßgebliche Rahmen, denn regionale Wertschöpfung, Regional- und Direktvermarktung müssen darüber hinaus kleinteiliger erfolgen. Das stärkt die Bindungen zwischen Verbraucher*innen und Landwirt*innen, verkürzt die Transportwege, schont die Ressourcen und ermöglicht landwirtschaftlichen Betrieben eine größere Wertschöpfungstiefe und damit einen größeren Anteil am Verbraucherendpreis zu erzielen.

- II. Wie stehen Sie zur Forderung der Regionalbewegung NRW zur Einrichtung Regionaler Wertschöpfungszentren mit einem regionalen Wertschöpfungsmanagement vergleichbar den Biologischen Stationen in NRW? Wie könnten solche Strukturen etabliert werden?

Bündnis 90/Die Grünen:

Vom Acker bis zum Teller – in allen Bereichen der Wertschöpfung hat in den letzten Jahrzehnten ein Strukturwandel stattgefunden. Dem immensen Wettbewerbsdruck konnten insbesondere kleine und mittlere Betriebe oftmals nicht standhalten. Dabei sind dezentrale Strukturen relevant, um die Versorgung sicherzustellen, aber auch um Arbeitsplätze in ländlichen Regionen zu schaffen und zu erhalten. Daher wollen wir die regionale Wertschöpfung mit einem umfassenden Programm stärken. Eine Maßnahme kann aus unserer Sicht die Gründung und der Ausbau von regionalen Wertschöpfungszentren sein, um Akteurinnen und Akteure einer Region – vom Landwirtschaftsbetrieb bis zum Catering – zusammenzubringen und zu vernetzen. Dazu beraten Wertschöpfungszentren die Betriebe und unterstützen den Prozess der betrieblichen Förderungen.

FDP:

Gemeinsam mit den Beteiligten der gesamten Lieferkette möchten wir daran arbeiten, regionale Lebensmittel und damit unsere Landwirtschaft zu sichern und zukunftsfähig aufzustellen. Es gibt zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese Strukturen wollen wir sichern und bedarfsgerecht ausbauen.

Den Aufbau von mehreren Wertschöpfungszentren in NRW sehen wir kritisch. Wertschöpfungsketten hören nicht an Bezirksgrenzen auf. Dies führt zu Kompetenzüberschneidungen und bindet Kapazitäten und Finanzmittel. Das würde unweigerlich zu mehr Bürokratie, unnötigen Doppelstrukturen sowie deutlich erhöhten Kosten führen. Für eine effektive Förderung und Beratung für landwirtschaftliche Betriebe zur Regional- und Direktvermarktung bedarf es zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner. Daher ist es umso wichtiger die bestehenden Strukturen auszubauen, anstatt neue zu erschaffen.

SPD:

Die SPD hat den Vorschlag der Regionalen Wertschöpfungszentren in ihr Regierungsprogramm explizit aufgenommen. Wir teilen die Überzeugung, dass es einen großen Bedarf an Beratung und Vernetzung landwirtschaftlicher Betriebe sowie deren nachgelagerter Bereiche in den einzelnen Regionen gibt, der von der LWK nicht umfassend adressiert werden kann. Ohne eine derartige Unterstützung, die regionales Wissen bündelt und vermittelt, werden Landwirtinnen und Landwirte die Komplexität der Aufgabe einer regionalen Wertschöpfung nicht in der Breite überwinden können. Regionale Wertschöpfungszentren könnten analog zu den Ökomodellregionen etabliert werden. Zunächst fordern wir eine Einrichtung eines derartigen Zentrums zumindest pro Regierungsbezirk.

- III. Die Regionalbewegung NRW fordert in Ergänzung zu den auf regionaler Ebene angesiedelten Wertschöpfungszentren entsprechendes geschultes Personal auf Ebene der Kommunen, das Ernährungsräte anregt und deren Projekte mit umsetzen hilft. Wie könnte das umsetzbar sein?

Bündnis 90/Die Grünen:

Wir werden Akteur-übergreifend eine ganzheitliche Ernährungsstrategie „NRW isst besser!“ entwickeln, die gleich mehrere Maßnahmen bündelt. Dazu zählen auch sogenannte Ernährungsscouts bzw. Ernährungs koordinatoren*innen auf kommunaler Ebene, denn die Ernährungswende muss auch vor Ort, in den Kommunen stattfinden. Diese Koordinatoren*innen sollen sowohl für zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. im Rahmen von Ernährungsräten, als auch für Akteure der Wertschöpfungskette

Ansprechpartner*innen sein und dort Unterstützung in der Vernetzung und Vermittlung gewährleisten. Auch die Unterzeichnung und Umsetzung des Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik („Milan Urban Food Policy Pact“) wollen wir in allen Kreisen und Kommunen in NRW voranbringen. Unserer Erfahrung nach befasst sich Kommunalpolitik viel zu selten mit dem Thema Ernährung. Dem Problem wollen wir durch einen breit aufgestellten Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden begegnen.

FDP:

In unserer Regierungsverantwortung haben wir eine Initiative auf den Weg gebracht, mit der die Wertschöpfung der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft in NRW gestärkt und Synergieeffekte genutzt werden sollen. Es ist effektiver, die bestehenden Strukturen auszubauen, anstatt neue zu schaffen. Wir wollen das Label „Geprüfte Qualität NRW“ weiter ausbauen. Das Label soll so mehr Wertschöpfung in unserem Land generieren, die auch beim Erzeuger ankommt. Außerdem gibt es zahlreiche kleinere Initiativen, die die Regionalvermarktung in unserem Land unterstützen. Diese wollen wir ausbauen und sichern. Anreize müssen im Markt geschaffen werden. Förderungen sollten nicht in staatliche Stellen fließen, sondern auch beim Landwirt ankommen.

SPD:

Die SPD sieht das Ernährungsverhalten als wesentlichen Hebel für eine nachhaltigere und auch auskömmlichere Landwirtschaft an. Wir möchten Ernährungspolitik stärker kommunal verankern und in die kommunalen Räte tragen. Ernährungsräte und andere bürgerschaftliche Initiativen wie Regionalwert AGs, Food Sharing Gruppen und Solawis unterstützen wir zur partizipativen Steuerung des Ernährungssystems über den Konsum hinaus. Eine Institutionalisierung auf kommunaler Ebene kann hilfreich sein, die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln zu überblicken, Bedarfe und Anregungen aufzunehmen und an die Landwirt*innen bzw. regionale Zusammenschlüsse, Wertschöpfungszentren und andere zu vermitteln. Das gilt für die regional auszurichtende Gemeinschaftsverpflegung wie für die Ernährungsbildung im Unterricht, inklusive Exkursionen. Wir werden die Vernetzung zwischen Landwirt*innen und Verbraucher*innen befördern und den häufigen Wunsch größerer Ernährungssouveränität und der Kenntnis der Herkunft von Lebensmitteln unterstützen.

- IV. Die Regionalbewegung NRW empfiehlt ein interministerielles Förderprogramm zur Unterstützung von Kleinst- und Kleinbetrieben entlang der Wertschöpfungskette im Lebensmittelhandwerk und zum Aufbau von Weiterverarbeitungsbetrieben. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Bündnis 90/Die Grünen:

Auch wir möchten die kleinen und mittelständischen Betriebe entlang der gesamten Wertschöpfungskette besser unterstützen. Dies muss mit einem Förderprogramm „NRW isst besser!“ verknüpft werden, um den Finanzierungsbedarf entsprechender Maßnahmen abzudecken und diese zügig und zielführend umzusetzen. Welche Maßnahmen konkret benötigt werden, soll gemeinsam im Austausch mit der Zielgruppe erarbeitet werden. Förderprogramme sind eine Möglichkeit. Ebenso möchten wir auch finanzielle und bürokratische Hürden für regionale Kleinbetriebe im Bereich der Lebensmittelverarbeitung senken, beispielweise durch eine landeseinheitliche Fleischbeschauegebühr.

FDP:

Einem gesonderten Programm, welches über die begrüßenswerte und von uns in Regierungsverantwortung geforderte Bereitstellung von Mitteln für regionale Marketingmaßnahmen hinausgeht, dürfte europa- und bundesrechtlicher Wettbewerbsregulatorik im Wege stehen.

SPD:

Eine regionale Landwirtschaft, wie wir sie anstreben, ist auf Verarbeitungskapazitäten in den Regionen angewiesen. Die Realität sieht vielfach anders aus: weite Wege bis zu den großen Schlachtfabriken, die 45 Prozent der Anteile des Gesamtdeutschen Marktes halten, 20 Mühlen, sechs Molkereien im ganzen Land. Insbesondere die Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Lebensmittelhandwerk sind stark

rückläufig. Hier müssen wir ansetzen, um regionale Wertschöpfung und Regionalvermarktung mit kurzen Wertschöpfungsketten durch die Unterstützung von bestehenden KKMU ebenso wie die Etablierung neuer Verarbeitungskapazitäten zu ermöglichen. Das muss die Attraktivitätssteigerung von Berufsbildern ebenso beinhalten wie gezielte Förderung für die gewünschten Strukturen bzw. die Abschaffung von Benachteiligungen für (K)KMU.

- V. Eine Regionalisierung der Ernährungswirtschaft kann auch viele Benefits für Klima- und Artenschutz sowie für eine artgerechte Tierhaltung haben. Daher sollten Strategien zum Artenschutz und zur Tierhaltung mit dem Regionalgedanken gekoppelt werden. Wie kann das gelingen?

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, hat immense Auswirkungen auf unsere Gesundheit, aber auch auf unsere Landwirtschaft und unsere Landschaften sowie die Natur und das Klima. Der ökologische Landbau entspricht den Prinzipien einer nachhaltigen und umweltverträglichen Landbewirtschaftung in besonderer Weise. Unser Ziel ist es daher, den Anteil des Ökolandbaus von heute knapp 7 Prozent auf 30 Prozent bis 2030 zu steigern. Denn die kontinuierlich steigende Nachfrage nach ökologischen Produkten übersteigt derzeit die einheimische Produktion. Wir sehen insbesondere in der Gemeinschaftsverpflegung in NRW – also z. B. Kita- oder Schulkantinen – einen großen Hebel, um Absatzmärkte für regionale, saisonale und biologische Lebensmittel zu erweitern und somit wiederum regionale Strukturen zu stärken.

FDP:

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich bei Lebensmitteln einen besseren Überblick, um souverän mit Fragen der gesunden Ernährung umgehen zu können. Wir setzen uns deshalb für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Wir wollen, dass Nahrungsmittel übersichtlich gekennzeichnet sind. Bei tierischen Primärprodukten wie Fleisch oder Milch soll es eine europaweite Herkunftskennzeichnung geben, die sich an der bestehenden Kennzeichnung für Eier orientiert.

Wir wollen zudem die Landwirtschaft in den CO₂-Zertifikatehandel einbinden, um die Landwirtschaft noch klimafester werden zu lassen. Dazu sind unter anderem auch Carbon Farming und der Einsatz von Pflanzenkohlen und Bio-Pyrolyse geeignet. So schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Von diesem Ansatz profitieren regional erzeugte Lebensmittel, die klimafreundlicher erzeugt wurden, ganz klar im internationalen Wettbewerb. Innovative Lösungen können zudem dazu beitragen, die unterschiedlichen Anforderungen an Landwirtschaft noch besser in Einklang zu bringen: eine für die Betreiber auskömmliche Landwirtschaft, der Umwelt- und Tierschutz, eine hohe Qualität für die Verbraucherinnen und Verbraucher und erschwingliche Preise für gesunde Produkte.

SPD:

Die Regionalisierung der Ernährungswirtschaft kann die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Resilienz der Betriebe stärken, Transportwege verkürzen, (Flächen-)Importe reduzieren und dem Tierwohl dienen. Die SPD setzt sich für die Ausweitung von Biotopverbänden zum Artenschutz und für ein stärkeres und honoriertes Engagement der Landwirt*innen im Natur- und Umweltschutz ein. Dafür wollen wir Instrumente wie den Vertragsnaturschutz ausweiten, eine Gemeinwohlprämie einführen und ein System der Nachhaltigkeitsbewertung voranbringen, das stufenübergreifend an Wertschöpfungsketten angelegt wird. Wir werden die Weidetierhaltung attraktiver machen. Kurze Transportwege zum Schlachthof dienen dem Tierschutz ebenso wie Weide- und Mobilschlachtung, die wir ausbauen möchten. Die Nutztierhaltung werden wir regional an die Fläche binden (2 GVE/ha), um die Nitrateinträge und die Klimawirkung zu reduzieren und mehr Tierwohl durch mehr Platz pro Tier sowie die Ermöglichung von Offenställen und Freilandhaltung nach Immissionsschutzrecht schaffen.

- VI. Die überbordende Bürokratie bremst den Ausbau regionaler Vermarktung in hohem Maße. Wie stehen Sie zu den Forderungen eine Landeskoordinierungsstelle Bürokratieabbau im Lebensmittelhandwerk sowie Runde Tische Bürokratieabbau unter Leitung von Bürokratielotsen in den Regionen einzurichten?

Bündnis 90/Die Grünen:

Insbesondere für kleine und mittelständische Betriebe stellen die gestiegenen bürokratischen Anforderungen eine enorme Belastung dar. Daher werden wir die Beantragung der Mittel aus dem „NRW-Programm ländlicher Raum“ (ELER) insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen einfacher gestalten. Dazu werden wir die Schwellenwerte für Mindestförderung streichen oder die Kumulierung verschiedener Anträge ermöglichen, so dass Bagatellgrenzen trotzdem überschritten werden können. Auch für regionale Kleinbetriebe im Bereich der Lebensmittelverarbeitung wollen wir finanzielle Hürden absenken, beispielweise durch eine landeseinheitliche Fleischbeschauggebühr.

Durch den Aufbau einer staatlichen, gemeinsam nutzbaren, digitalisierten Plattform, wollen wir die Dokumentationslast für die Verwaltung und die Land-, Agrar- und Ernährungswirtschaft senken. Doppelungen bei der Kerndatenerfassung der Betriebe werden dadurch überflüssig, statistische Erhebungen vereinfacht. Hierbei sind hohe Datenschutzstandards zu gewährleisten. Dies alles wird im engen Dialog mit den Betroffenen passieren.

FDP:

In Regierungsverantwortung haben wir bereits zahlreiche ambitionierte Entfesselungspakete auf den Weg gebracht, die Bürgerinnen und Bürger, Betriebe und Beschäftigte von unnötiger Bürokratie befreien und verbesserte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen und für einen echten Bürokratiendeckel sorgen. Wir wollen, dass zukünftig neue zusätzliche Bürokratiebelastung erst gar nicht entstehen können. Dafür führen wir als erstes Bundesland das verpflichtende One-in-One-out-Prinzip ein. Das bedeutet, dass für jede neue Regelung eine alte, nicht mehr notwendige Regelung wegfallen muss. Wir sichern, dass europäische Regulierungsvorgaben nur noch 1:1 umgesetzt und nicht mit weiteren landesrechtlichen Regulierungen verschärft werden. Zudem führen wir den „Best-Practice“-Grundsatz ein, der die Landesregierung verpflichtet, sich bei allen Maßnahmen an den einfachsten und effizientesten Beispielen anderer Länder zu orientieren. Wir wollen zudem, dass EU-Vorgaben einheitlich angewendet werden und unsere Landwirte nicht einseitig durch zusätzliche nationale Regulierungen und Bürokratie belastet werden.

SPD:

Sicherlich bedarf es „Bürokratielotsen“ im Wortsinn, um eine gewinnbringende Beratung der Betriebe, nicht nur im Handwerk, zu gewährleisten. Dies betrifft Förderanträge gleichermaßen wie Dokumentationsanforderungen usw. Dies sollten je nach Aufgabenbereich bestehende Organisationen von der Landwirtschaftskammer über die biologischen Stationen bis zu den Berufsvereinigungen leisten. Leerstellen und wertschöpfungsbezogene Beratung über alle Einkommensbereiche hinweg sollten die zu schaffenden regionalen Wertschöpfungszentren übernehmen. Landeseitig setzen wir uns für eine konsequente Digitalisierung der Landwirtschaftsverwaltungen unter Aufbau einer gemeinsamen Plattform sowie für Verwaltungsvereinfachungsstrategien ein. Im Lebensmittelhandwerk werden wir kleine Strukturen durch die Absenkung von Kontrollgebühren (landeseinheitliche Fleischbeschauggebühr pro Tier) sowie die Vereinfachung einzelbetrieblicher Umsetzungen von Vorgaben (z. B. Hygienevorschriften) entlasten.

- VII. Zur Förderung regionaler Vermarktung werden durchlässige Förderprogramme benötigt, die Förderlücken beim Übergang Landwirtschaft / Gewerbe schließen. Welche Möglichkeiten sehen Sie dazu in NRW?

Bündnis 90/Die Grünen:

Zum einen werden wir verschiedene Formen der Direktvermarktung durch Landesförderprogramme unterstützen. Das schließt sowohl z. B. Wochenmärkte als auch eine Belebung der Innenstädte mit ein. Besonderen Wert legen wir dabei auf die Digitalisierung des Direktabsatzes. Wir werden Landwirt*

innen dabei unterstützen, hier entsprechende Angebote auszubauen und ihren Vertrieb somit zukunftsfähig aufzustellen.

Mit einem „300 mal 30 Prozent“-Programm fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern, Behörden, Kitas und Schulen, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem Ökolandbau zu beziehen und so viel wie möglich regional, direkt von den Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. So schaffen wir regionale Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für landwirtschaftliche Betriebe. Die Außer-Haus-Verpflegung gehört für uns ins Zentrum der Ernährungspolitik, Kantinen des Landes nehmen hierbei eine besondere Vorreiterrolle ein und sind daher schnellstmöglich weiterzuentwickeln.

FDP:

In der von uns initiierten Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ haben wir fraktionsübergreifend an Lösungswegen gearbeitet, wie die zukünftige Landwirtschaft so gestaltet werden kann, dass Gesellschaft und Landwirtschaft gleichermaßen davon profitieren. Hierzu zählt vor allem auch eine Stärkung regionalen Strukturen, um die Akteure der Wertschöpfungskette näher zusammenzubringen. Wir wollen Verarbeitungsstrukturen in NRW (Ernährungshandwerk, Logistikinfrastruktur, Schlachthöfe, Mühlen, Gemüseverarbeitung usw.) stärken und fördern, um Regionalvermarktung zu ermöglichen und regionale Wertschöpfung wie auch die Wirtschaft im ländlichen Raum zu stärken. Dazu zählt auch die Ausweitung der Initiative Geprüfte Qualität NRW von „NRW is(s)t gut!“. Hier wollen wir eine inhaltliche Stärkung der Kennzeichnung vornehmen indem klare Kriterien zur Regionalität den gesamten Wertschöpfungsprozess (Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung) der Produkte in der Region umfassen.

SPD:

Regionalvermarktung und betriebliche Weiterverarbeitung der Urproduktion scheitern mitunter an den verschiedenen rechtlichen Regelungsbereichen wie dem Übergang zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Hier gilt es flexible Lösungen und Fördermöglichkeiten zu finden und die Beratung zu stärken, um Hürden abzubauen.

- VIII. Die Regionalbewegung NRW hat mit ihrem Netzwerk Regionalitätsstrategie umfangreiche Expertise für das Thema Regionalisierung der Ernährungswirtschaft gesammelt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Regionalbewegung NRW als Begleiterin regionaler Prozesse im Land NRW zu fördern?

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Ernährungswende wird vor Ort gemacht. Daher möchten wir das Mailänder Abkommen umsetzen, welches die Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements im Bereich Landwirtschaft und Ernährung anerkennt. So bestehen NRW-weit bereits hunderte Initiativen, die es bei der Ausgestaltung einer nachhaltigen Ernährungspolitik einzubinden gilt. Damit wollen wir die Wertschätzung gegenüber Vereinen und Organisationen wie Ernährungsräten über Solidarische Landwirtschaften bis hin zu Urban-Gardening-Projekten erhöhen. Auch der Regionalbewegung NRW kommt bei diesem Prozess eine große Bedeutung zu, auf deren Expertise wir gerne zurückgreifen.

FDP:

Immer mehr Menschen achten auf eine gesunde und umweltbewusste Ernährung. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen dafür, dass eine zuverlässige Versorgung mit regionalen und saisonalen Produkten sichergestellt ist. Als Unternehmerinnen und Unternehmer stehen Landwirtinnen und Landwirte vor der Herausforderung, auskömmlich wirtschaften zu können, das Wohl ihrer Tiere in der Nutztierhaltung im Blick zu haben und gleichzeitig im Wettbewerb zu bestehen. Damit das gelingt, brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens zur Zukunft der Landwirtschaft in NRW. Dabei ist vor allem die Beratung, Förderung und Vernetzung der regionalen Erzeugerinnen und Erzeuger von großer Bedeutung. Auch die Einbeziehung des Handels und der gesamten Lebensmittelkette mit dem Ziel, einen breiten Konsens zu erzielen, spielt eine wichtige Rolle. Diese Forderungen haben wir in unserer Regierungsverantwortung zur Stärkung der Wertschöpfung für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft in NRW formuliert. Hier spielt die Regionalbewegung mit

ihrem breiten Netzwerk eine wichtige Rolle. Mit ihren bestehenden Strukturen bietet sie eine Anlaufstelle für die verschiedenen Akteure der Wertschöpfungskette und bringt diese zusammen. Dies gilt es zu stärken.

SPD:

Das Netzwerk Regionalitätsstrategie NRW sollte diesen Prozess beim Aufbau im Rahmen eines Regio.Diskurs.NRW mit der gesammelten Fachexpertise begleiten.